Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 8.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.60, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7200. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co.: Leipzig.

Nr. 330 — Mittwoch, den 13. Juli — **1921**

Frankreich geht zur Abrüstungskonferenz

Paris, 12. Juli.

Briand teilte in der Kammer mit, daß der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten der französischen Regierung den **Vorschlag Hardings** übermittelt habe, der die Einberufung der **Konferenz** der alliierten und assoziierten Mächte nach **Washington** bezwecke. Aufgabe der Konferenz werde es sein, die besten Bedingungen festzustellen die ins Auge zu fassen sind, um den **Frieden im Stillen Ozean** zu sichern und zu gleicher Zeit **Einschränkungen** der **Rüstungen** zu Wasser und zu Lande zu erörtern. Briand erklärte, er glaube sich zum Dolmetsch der Gefühle der Kammer zu machen, wenn er dem amerikanischen Staatsoberhaupte danke, daß es diesen edlen Schritt unternommen und sogleich daran gedacht habe, Frankreich daran teilnehmen zu lassen, dessen friedliche Gefühle es auf diese Weise ehrte. Er habe wohl nicht nötig, zu sagen, daß die französische Regierung die Einladung besonders **gern annehme**. Sie sehe darin die Möglichkeit, an Vereinbarungen über den Stillen Ozean teilzunehmen, die Frankreich nicht gleichgültig lassen können in Anbetracht der großen Interessen, die es dort habe. Die französische Regierung sehe darin weiter die Möglichkeit, noch einmal zu beweisen, daß Frankreich aus tiefstem Herzen und mit glühendster Begeisterung der Sache des Friedens ergeben ist, der es schon so viel opferte. Die Regierung werde sehr loyal und ohne Hintergedanken mit allen Alliirten vorgehen. Sie empfinde ein besonderes Vergnügen daran, daß die Konferenz unter dem Vorsitz des Präsidenten Harding abgehalten werden soll. Sie werde alle Mittel suchen, die dazu angetan sind, die Rüstungen zu beschränken und die schreckliche Last zu erleichtern, die auf alle Völker drückt, wohlverstanden jedoch unter Wahrung aller Vorbedingungen für die nationale Sicherheit. Vielleicht werden wir sogar, sagte Briand, eine neue Gelegenheit finden, Verständigungen zu suchen, die uns erlauben könnten, das von allen Völkern gewünschte Ziel zu erreichen. Briand erklärte, er sei unter diesen Umständen überzeugt, die Kammer werde der Regierung darin beistimmen, den edlen Ruf der amerikanischen Regierung unverzüglich zu beantworten. Die Regierung hoffe mit der Kammer, daß die Konferenz der Welt den endgültigen Frieden verleihen und dabei Frankreich die Sicherheiten geben werde, auf die es ein Recht habe. (Lebhafter, anhaltender Beifall auf allen Bänken.)

Der Matin meldet, daß **Briand** bereit sei, an der Konferenz von Washington teilzunehmen. Er werde sich persönlich nach Washington begeben.

London, 12. Juli.

Die vom Präsidenten Harding angeregte Abrüstungskonferenz wird voraussichtlich erst im Herbst stattfinden. Einer aus bester Quelle stammenden Information zufolge, beabsichtigt **Lloyd George**, die englische Regierung auf dieser Konferenz **selbst** zu vertreten.

Die französische Kammerdebatte

Paris, 12. Juli.

In der Nachmittagssitzung der Kammer führte der Abgeordnete **André Lefèvre** über die Aufgabe der Kontrollkommission und über die **Entwaffnung Deutschlands** aus: Die deutschen Truppen Oberschlesiens seien ausreichend bewaffnet gewesen. Die deutsche Regierung habe alles für die Organisation der Armee Höfers getan. Es werde gesagt, die Kommission Nollets habe ihre Rolle erfüllt. Dem stehe die Tatsache gegenüber, daß die deutsche Regierung imstande sei, von heute auf morgen Korps von 40 000 Mann aufzustellen.

Bei der Besprechung der Organisation des Freikorps Höfer sagte der Abgeordnete, er zweifle nicht an der Aufrichtigkeit des Reichskanzlers, wohl aber an seiner Macht. Er spricht alsdann des näheren von der Volksabstimmung in Oberschlesien und betont, er sehe nicht ein, warum man überhaupt zu der Abstimmung geschritten sei. Er **befürchte**, daß bei der Teilung Oberschlesiens den Polen der wichtige Bahnhof Gleiwitz geraubt werde. Deshalb hoffe er, daß man der Kommission Nollet erklären werde, daß sie ihre hochwichtige Tätigkeit fortsetze zur Sicherheit aller Alliierten. Der Franzose wolle keine Handbreit deutschen Gebietes, er glaube jedoch, daß man im Falle einer neuen deutschen Verfehlung das Ruhrgebiet besetzen müsse. Die **Besetzung** sei nicht eine Annexion oder Okkupation, sie sei eine einfache Sicherheitshandlung. Und wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetze, kontrolliere es die Kohlen, und wenn es die Kohlen kontrolliere, verhindere es Deutschland, Krieg zu führen.

Lefèvre äußert schließlich seine Befriedigung darüber, daß Briand am Vormittage den Gedanken einer **Besetzung des Ruhrgebietes** nicht vollkommen aufgegeben habe. Briand sprach sich nochmals in dem Sinne wie am Vormittag über die oberschlesische Frage aus und sagte schließlich, wenn Deutschland immer ein Element der Beunruhigung in der Welt bleibe, dann habe Frankreich in seiner Stellung, seinem Willen und Patriotismus die Kraft, die es brauche. Ein Land, das sich in diesen Verhältnissen befinde, könne sicher in die Zukunft blicken.

Die diesjährigen Reparationsleistungen gesichert

Berlin, 12. Juli.

Dadurch, daß es der Reichsbank gelungen ist, durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn & Co. in Amsterdam sich einen Kredit von 150 Millionen Goldmark zu beschaffen und durch weitere Maßnahmen, ist die Erfüllung der am 31. August fälligen Reparationsverpflichtungen als gesichert anzusehen. Weitere Reparationszahlungen sind alsdann während des Jahres 1921 in Devisen nicht mehr zu leisten.

Paris, 12. Juli.

L'Oeuvre veröffentlicht einen Bericht seines Berliner Vertreters über eine Unterredung mit dem Reichskanzler. Dr. Wirth äußerte danach u. a., daß er ein scharfer Gegner der Abgabe von 26 Prozent vom Wert der deutschen Ausfuhr sei. Er halte die Aufrechterhaltung dieses Index für unmöglich. Eine Prophezeiung hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands erscheine ihm gegenwärtig noch ausgeschlossen. Dr. Wirth versicherte weiter, daß das deutsche Volk nichts mehr von Abenteuern wissen und nur im Frieden arbeiten wolle. Frankreich dürfe nicht aus jeder lokalen Kundgebung auf das Bestehen einer monarchistischen und militaristischen Gefahr schließen.

Das Wiedergutmachungssystem kann nach Ansicht des Kanzlers nur durch ein internationales Abkommen festgelegt werden. Er bezeichnete in diesem Zusammenhang die Aufhebung der Sanktionen als notwendig und betonte zum Schluß, daß die oberschlesische Frage „in demokratischer Weise und nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker" gelöst werden müsse, falls die Schaffung eines neuen Konfliktsherdes verhütet werden soll.

Keine Einigung über Oberschlesien

Paris, 12. Juli.

Zur oberschlesischen Frage schreibt der Petit Parisien": Man erinnert sich, daß man gehofft hatte, daß der französische, der englische und der italienische Kommissar zur Einigung gelangen werden, um in einem gemeinsamen Bericht einen Plan der deutsch-polnischen Grenzführung im Abstimmungsgebiet von Oberschlesien vorzuschlagen.

In diplomatischen Kreisen ist diese Hoffnung nun aufgegeben worden. Wir glauben in der Tat zu wissen, daß die Kommissare ihre Regierungen von der Unmöglichkeit unterrichtet haben, einen einheitlichen Bericht auszuarbeiten.

Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß die alliierten Mächte in allernächster Zukunft das Studium der Frage der Sachverständigenkonferenz überlassen werden, so daß der Oberste Rat, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach zwischen dem 24. und 31. Juli versammeln wird, schnell eine Lösung herbeiführen kann."

Berlin, 12. Juli.

In den nächsten Tagen wird sich eine aus mehreren Offizieren bestehende **interalliierte Kommission** nach **Mittelschlesien** begeben, um sich dort über die Auflösung und **Entwaffnung** des oberschlesischen **Selbstschutzes** zu unterrichten. Sie soll mit einer anderen Kommission aus Oppeln zusammentreffen, von der sie die nötigen Unterlagen über die Stärke und Bewaffnung der deutschen Selbstschutzabteilungen erhalten soll.

Nach einer Meldung aus **Oppeln** steht die Grenze nach Polen noch immer offen. In Gr.-Dombrowka sind 200 bewaffnete polnische Abstimmungspolizeibeamte eingetroffen, die aus Kongreßpolen über die Grenze gekommen sind. In der Nähe des Borsigwerkes wurde der D-Zug Berlin—Breslau—Kattowitz von Insurgenten abermals stark beschossen.

Ratibor, 12. Juli.

Bei **Neuhof** (Kr. Ratibor) hatten die Polen heute früh gegen 4 Uhr ein **Gefecht** mit der deutschen Ortswehr, bei dem fünf Polen erschossen wurden. Nach Meldungen von Flüchtlingen sollen die Ortschaften **Olsau, Odrau** und **Buckau** in der vergangenen Nacht von Insurgenten besetzt worden sein. Gegen 200 Flüchtlinge sind aus Orzesche, Nikolai, Pleß und Czerwionkau eingetroffen, die infolge des polnischen Terrors geflüchtet sind.

Beginn des Waffenstillstands in Irland

Verbrüderung in den Straßen von Dublin.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 12. Juli.

Als heute um 12 Uhr die für den Beginn des irischen Waffenstillstandes festgesetzte Zeit angebrochen war, fand in den Straßen von **Dublin** eine **Verbrüderung** statt. Die Polizeibeamten lieferten ihre Waffen auf den Stationen ab und erschienen später unbewaffnet wieder auf den Straßen. Die unbewaffneten Soldaten beider Parteien gingen gemeinsam mit Zivilisten spazieren. Als Sirenen den Anbruch der bedeutungsvollen Stunde verkündeten, sang das Volk auf den Straßen lustige Lieder und gratulierte einander. An der Börse von Dublin war das Geschäft infolge der Waffenruhe sehr belebt.

Während so in Südirland der Frieden wiederhergestellt ist, hat **Belfast** eine schwere Nacht verlebt, wie sie seit Jahren nicht vorgekommen ist. 16 Personen wurden getötet, 100 verwundet, 42 Häuser sind niedergebrannt. Als Lloyd George im Unterhause mitteilte, daß de Valera seine Anwesenheit für Montag zugesichert habe, begrüßte das Haus diese Verkündung mit lauten Bravorufen.

De Valera verläßt heute Dublin, um sich zu der am 13. Juli hier abzuhaltenden Besprechung mit Lloyd George zu begeben.

Die amerikanischen Truppen im Rheinland

Havas meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung bisher keinen Befehl erteilt hat, die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuziehen.

Wolken über Oberschlesien

Von

Dr. Herschel, M. d. R.

Der Reichskanzler Dr. **Wirth** hat in seiner großen Rede in der Jahrhunderthalle zu Breslau den Willen Deutschlands betont, Oberschlesien ungeteilt dem Reiche zu erhalten. Er hat auf die Nachteile hingewiesen, welche die Zerreißung des Landes für den Weltfrieden notwendig haben müßte. Er hat eindringliche Mahnungen an die Hauptmächte gerichtet, deren Entscheidung nun bald fallen wird.

Man streitet darüber, ob die Konferenz Mitte Juli oder erst Anfang August stattfinden soll. Vielleicht werden wir mit der Entscheidung bald nach dem 18. d. M. überrascht. Jedenfalls schweigt die englische Presse sich über die angebliche Verschiebung aus. Sie würde sich aber wohl dazu eingehender äußern, wenn sie erfolgt wäre, weil England gegenüber Frankreich durchgesetzt hat, daß Oberschlesien als besonderer Punkt auf die Tagesordnung kommt.

Manche meinen, daß die Verschiebung kein Unglück für Deutschland wäre, denn gegenwärtig arbeite die Zeit für uns. In Oberschlesien aber will man endlich wissen, woran man ist. Das ist nach zwei Jahren furchtbarer Ungewißheit menschlich begreiflich.

Die Säuberungsaktion im Lande schreitet inzwischen fort. Von wirklicher Beruhigung des Aufruhrgebietes aber ist keine Rede. Zwar fahren die Züge wieder, aber immer noch erfolgen Plünderungen und herrscht Terror im Industriegebiet. Man erhofft freilich einige Besserung von den stärkere englischen Truppen, die ankommen. Alle Welt aber spricht von einem **vierten Aufstande**, wie man den dritten vorhergesagt hat. Die beklagenswerten Vorgänge von **Beuthen** zeigen, welch ungeheurer Zündstoff allenthalben aufgehäuft ist.

Die Amnestie der J. A. K. hat mehr aufgeregt als beruhigt. Sie ermuntert die Aufrührer zu neuen Taten, besonders, weil sie noch vor Ende der Säuberungsaktion kam. Die Anstifter werden — entgegen jedem Strafrecht — besser behandelt als die Täter. Die werden nur verfolgt bei Grausamkeit, Gewinnsucht und persönlicher Rache. Wie wird man letztere feststellen? Werden aber überhaupt Polen von den Sondergerichten der J. A. K. verurteilt werden? Die bisherigen Erfahrungen lassen daran zweifeln.

Die Deutschen sind empört durch die Gleichstellung des Selbstschutzes mit den Verbrechern. Die Aufhebung der Rechtswohltat bei weiterem Besitze von Waffen richtet sich zwar nicht formell, aber praktisch nur gegen sie. Nur wer sucht, findet. Bei den Polen hat man nicht nach Kriegsmaterial gesucht. Kürzlich wurde ein Deutscher wegen des Tragens einer schweren Reitpeitsche, die als Waffe gilt, neun Monate eingesperrt. Die Polen aber durften ungestört und ungestraft unter den Augen der Schutzmächte Oberschlesiens die größten Waffenlager errichten.

Die J. A. K. hat nicht das Recht, eine Amnestie zu erlassen. Diese ist ein Akt der Gesetzgebung. Die Kommission hat aber nur die Verwaltung. Deutsches Recht bleibt nach dem Friedensvertrage bestehen. Man darf nicht sagen: wir können dagegen nichts tun, weil wir keine Macht haben. Gerade deshalb berufen wir uns ja auf das **Recht**. Das Gesetz ist der Freund der Schwachen. Der Starke soll es achten, sonst treffen ihn selbst schwere Folgen in späterer Zeit. Es ist aber nötig, daß wir laut und feierlich überall und immer wieder gegen die Amnestie als solche und gegen die Einzelheiten des Erlasses Einspruch erheben.

Wir brauchen nicht zu fürchten, damit die Entscheidung über Oberschlesien zu beeinflussen. Sie wird nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgen. Die weltpolitische Einstellung und Bindung der Hauptmächte wird leider dabei wichtiger sein als der Wunsch des oberschlesischen Volkes, das sich mit Dreifünftel-Mehrheit für Deutschland entschied. Hüten wir uns vor Enttäuschungen! Natürlich darf das unseren Willen nicht lähmen. Je mehr Oberschlesien bedroht erscheint, desto stärker müssen wir sein ungeteiltes Verbleiben beim Reiche fordern.

Der neutrale Freistaat oder auch nur ein Provisorium scheinen aufgegeben zu sein. Zwar arbeiteten manche Kräfte in Oberschlesien wieder eifrig dafür. Den Ausschlag dagegen hat wohl mehr die Erwägung der tatsächlichen Schwierigkeiten gegeben, die einem solchen nicht lebensfähigen und von den Polen bedrohten Gebilde entgegenstehen, als etwa die Erwägung, daß es rechtlich unmöglich ist, weil der Friedensvertrag nur den Anfall an Deutschland oder Polen kennt. Es war eine Zeitlang in England Stimmung für das Provisorium. Frankreich hätte es vielleicht für den Fall gern gesehen, daß es den Polen nicht ganz Oberschlesien bis zur Korfanty-Linie geben konnte.

Direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen waren von englischer Seite angeregt worden. Erst beim Scheitern wollte die Entente vermitteln. Das hätte eine Verzögerung der Entscheidung bedeutet und den Friedensvertrag geändert. Wenn die Nachricht kein bloßer Fühler war, zeigt sie die ganze Verlegenheit der Entente.

Mehr und mehr scheint die **zweite Sforza-Linie** die Grenze werden zu sollen. Nach Karten französischer Blätter blieben uns dann nur der Kreis **Gleiwitz** und Teile von **Hindenburg** und **Königshütte** aus dem Industriebezirke,

SLUB
Wir führen Wissen.